

Claus Heinrich Gattermann

Notwendigkeit, Chancen und Risiken eines lageorientierten Krisen- und Konfliktmanagements aus deutscher Perspektive

Einleitung

Die Bundesrepublik Deutschland ist in vielfältiger Hinsicht verknüpft mit dem Schicksal anderer Staaten, Regionen und Kontinente. Es würde zu weit führen, hier auf alle diese Aspekte in all ihren Dimensionen einzugehen. Daher seien nur einige kurz angeschnitten:

Wirtschaftlich bestehen zahlreiche Verbindungen zu den meisten Ländern der Erde, Verbindungen, von denen viele für die ökonomische Existenz Deutschlands von immenser Bedeutung sind. Dabei ist Deutschland einerseits auf den Import einer Reihe wichtiger Rohstoffe angewiesen. Andererseits ist das hochentwickelte deutsche Potential nur dann entsprechend zur Geltung zu bringen, wenn Produkte und Dienstleistungen auch exportiert werden.

Politisch unterhält die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen zu nahezu allen Staaten der Erde. Sie ist Mitglied der Vereinten Nationen ebenso wie zahlreicher weiterer inter- und multinationaler Organisationen. Dem Funktionieren dieser Organisationen wird von Seiten der politisch relevanten Kreise Deutschlands ein hoher Stellenwert zugemessen. Die zweifellos wichtigste Mitgliedschaft ist die in der Europäischen Union.

Internationale Zusammenarbeit bestimmt in weiten Bereichen auch die *militärische* Lage Deutschlands, vor allem durch die Einbindung in den Nordatlantikpakt. Die NATO garantiert Deutschland einerseits Beistand und Unterstützung, sollte es von Nicht-NATO-Staaten angegriffen oder bedroht werden. Andererseits vereint sie die militärisch wichtigsten Nachbarstaaten in einem Bündnis - ein bedeutender Aspekt, schließlich hatte Deutschland im 20. Jahrhundert zweimal weitgehend isoliert gegen nahezu alle Nachbarn gekämpft mit dem Ergebnis zweier verheerender Niederlagen.

Kulturell versteht sich Deutschland als Teil einer christlich fundierten abendländischen Kultur in einer gemeinhin als „westlich“ bezeichneten Ausprägung. Kennzeichen dieser Kultur sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts unter anderem eine demokratische Regierungsform, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, die Gewähr von Grund- und Menschenrechten, Toleranz des Staates in religiösen Fragen sowie die Tendenz, der Freiheit des Individuums einen hohen Stellenwert einzuräumen.

Diese vier Eckpfeiler bestimmen in zuweilen recht unterschiedlicher Gewichtung Deutschlands Auftreten in der Welt, also auch das im Fall von Krisen und Konflikten. Da kaum ein Vorgang außerhalb der Bundesrepublik denkbar ist, der von deutschen Regierungen im Alleingang und ohne Berücksichtigung von Interessen anderer Staaten bearbeitet werden kann, kommt der Suche

nach Partnern eine immense Bedeutung zu – nach Partnern, die allein durch die Mitgliedschaften in NATO und EU vielfältig zur Verfügung stehen. Allerdings gestaltet sich diese Zusammenarbeit durchaus nicht immer unproblematisch und konfliktfrei. Nahezu alle tatsächlichen und potentiellen Partner haben eigene, manchmal gegeneinander gerichtete wirtschaftliche Interessen, bedingt durch Geschichte und geopolitische Entitäten unterscheidet sich die Sicht auf sicherheitspolitische Belange zum Teil erheblich, und zahlreiche Staaten verfügen in der Welt über Bindungen, die der Bundesrepublik Deutschland so unbekannt sind. Deutschland selbst bildet in dieser Gemengelage aus historischen Gründen einen Sonderfall:

- Es ist arm an geschichtlich begründeten Partnerschaften, die in die Zeit vor Gründung der Bundesrepublik zurückreichen (keine Kolonien, demonstrative Distanz zu Verbündeten aus der Zeit bis 1945). Demgemäß besitzt Deutschland auch keine (exklusiven) Interessensphären, in denen es eine wie auch immer geartete Führungsfunktion beansprucht.
- Deutschland versucht, das Fehlen traditioneller Bündnispartner durch demonstrativen Schulterschluss mit den einstigen Gegnern des Zweiten Weltkriegs zu kompensieren.
- Es definiert sich selbst nicht als Großmacht (wie es andere Staaten vergleichbaren wirtschaftlichen und politischen Gewichts im Regelfall tun).
- Die Bürde der Geschichte (Auslöser zweier Weltkriege, Schuld an Völkermord und Kriegsverbrechen ungeheuren Ausmaßes, zwei Diktaturen) beherrscht das politische Klima innerhalb der deutschen Öffentlichkeit und ihrer führenden Schichten bis heute. Selbst rational geführte Diskussionen um politische Maßnahmen im Inneren wie im Äußeren finden daher stets vor diesem omni-präsenten Hintergrund statt. Eine generelle Lehre der Deutschen aus ihrer Geschichte besteht in einer von anderen Staaten oft nicht verstandenen Zurückhaltung gegenüber militärischen Handlungsoptionen.

Diese Parameter deutscher Politik werden vermutlich noch mittel-, vielleicht auch langfristig die Stellung der Bundesrepublik Deutschland in internationalen Fragen bestimmen. Sie bilden die Folie, vor der jegliche Maßnahmen zum Umgang mit Krisen und Konflikten zu verstehen sind.

Notwendigkeit eines deutschen Krisen- und Konfliktmanagements

Deutsche Regierungen stehen jetzt und in Zukunft vor der Notwendigkeit, mit Krisen und Konflikten in weiten Teilen der Welt umgehen zu müssen. Der geschichtlich begründeten bundesrepublikanischen Tradition, in solchen Fällen Zurückhaltung oder gar Verweigerung zu üben, stehen wirtschaftliche, vor allem aber politische Zwänge gegenüber, nicht nur vorbeugend und nachsorgend tätig zu werden, sondern auch in akute Krisen und Konflikte einzugreifen. Diese Zwänge resultieren zu einem erheblichen Teil aus der Mitgliedschaft in inter- und multinationalen Organisationen – die aus deutscher Sicht eigentlich ein Mittel darstellen, Konflikte im Vorfeld zu entschärfen bzw. durch die Stärkung des Völkerrechts gar nicht erst virulent werden zu lassen. In diesem Zusammenhang sind vor allem drei Organisationen zu nennen:

Die *Vereinten Nationen* als Forum fast aller Staaten der Erde haben die Verpflichtung übernommen, Konflikte zwischenstaatlicher Natur, in letzter Zeit aber auch zunehmend solche mit innerstaatlichem Charakter *vor* einem offenen Gewaltausbruch zu lösen. Ist das nicht möglich, stehen den VN Instrumente zur Verfügung, neben wirtschaftlichen und diplomatischen auch militärische Mittel anzuwenden, um Aggressoren in die Schranken zu verweisen und den Weltfrieden einschließlich der in den letzten Jahrzehnten entwickelten staatlichen Ordnung wiederherzustellen. Das wirft allerdings angesichts der Tatsache, daß die VN keine eigenen militärischen Machtmittel besitzen, immer wieder die Frage auf, welche Staaten denn nun bereit seien, tatsächlich Truppen zu stellen, ein Problem, das auch Deutschland berührt: Zwar gibt es eine Vielzahl von Armeen, die in der Lage sind, mehr oder weniger gut ausgerüstete Infanterie in einen VN-Einsatz einzubringen – weiter reichende Fähigkeiten können dagegen meist nur von modernen Streitkräften gestellt werden, wie sie nur von wenigen Staaten, u. a. der Bundeswehr, unterhalten werden. Wenn Deutschland also am Funktionieren von VN-Konfliktlösungsmechanismen interessiert ist, darf es sich jetzt und in Zukunft Anfragen nach Stellung von Militär nicht verweigern – andernfalls würden die VN hinsichtlich ihrer Fähigkeit zur Lösung und Beherrschung von Konflikten geschwächt.

Der *Europäischen Union* kommt traditionell eine eher geringere Rolle bei der Lösung internationaler Konflikte zu, zumindest wenn es sich um militärisch unterfütterte Ansätze handelt. Die eigentlich als militärischer Arm der EU (bzw. EG) konzipierte *Westeuropäische Union* stand lange Zeit im Schatten der NATO und war, ebenso wie die *Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik*, nicht in der Lage, das sicherheitspolitische Potential der EU-Staaten wirkungsvoll zu bündeln. Das änderte sich allerdings – in begrenztem Umfang – durch die ab 1997 in mehreren Schritten begründete und ausgebaute *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik*: Die EU definiert sich nunmehr auch selbst als sicherheitspolitische Größe, die mit eigenen Machtmitteln zur Krisen- und Konfliktbewältigung beitragen kann. Für Deutschland bedeutet das einen erheblich vergrößerten Druck, sich auch militärisch zu engagieren. Es ist mit Bundeswehr-Kräften an vier von dreizehn EU-Kampfgruppen beteiligt, mit anderen Worten, eine deutsche Verweigerungshaltung würde nahezu ein Drittel der von der EU eingepflanzten Verbände weitgehend handlungsunfähig machen, was nicht im erklärten deutschen Interesse an der Stärkung der europäischen Integration sein kann.

Der *Nordatlantikpakt* hat nach 1989/90 einen nicht unerheblichen Bedeutungswandel erfahren. Eigentlich als reines Selbstverteidigungsbündnis konzipiert, gingen die NATO-Staaten in mehreren Schritten ab 1992 dazu über, den Verteidigungscharakter des Vertrages weiter zu interpretieren als bis dahin üblich. Nunmehr ist auch eine vorbeugende Gefahrenabwehr möglich, und zwar nicht nur an den Grenzen des Bündnisses, sondern weltweit – wobei der Begriff „Gefahr“ eher weit ausgelegt wird. Zahlreiche Armeen des Bündnisses befinden sich seit den neunziger Jahren in einem bis dahin nicht dagewesenen Umbau, weg von einer reinen Landesverteidigungsarmee hin zu Streitkräften, die weltweit einsetzbar sind. Auch in diesem Zusammenhang kommt Deutschland eine erhebliche Bedeutung zu, unterhält es doch mit der Bundeswehr einen der wichtigsten Eckpfeiler des militärischen Potentials der NATO.

Die eben angeführten internationalen Organisationen gelten der deutschen Politik als wichtige Instrumente der Außenpolitik, was das Ziel beinhalten muß, sie allesamt handlungsfähig zu erhalten. Selbst wenn Deutschland also, anders als selbst eine Reihe verbündeter Nationen aus

EU und NATO, darauf verzichten sollte, eigene, von keinem anderen Staat geteilte Interessen militärisch zu vertreten, gebietet es doch die Staatsraison der einstigen Bonner und heutigen Berliner Republik, im Fall von Interessenschnittmengen mit anderen wichtigen Partnern konfliktregulierende Maßnahmen nicht durch eine wie auch immer innenpolitisch oder geschichtlich begründete Zurückhaltung zu gefährden, zumal ein solcher Akt gerade das herbeiführen könnte, was der Bundesrepublik am meisten schaden würde – die außenpolitische Isolation, der Verlust an Mitsprachemöglichkeiten bei der Gestaltung der Weltordnung und im Endeffekt ein Wiederaufbrechen von Gräben zu den heute wichtigsten Verbündeten in EU und NATO.

Abgesehen von solchen außenpolitischen, eher grundsätzlichen Zwängen unterliegt die deutsche Administration jedoch auch noch anderen, die ein aktives Engagement in allen Stadien von Krisen und Konflikten unabweisbar machen können.

An erster Stelle ist hier die *öffentliche Meinung* zu nennen, auf die eine an Wahlerfolgen interessierte politische Führung in Demokratien stets Rücksicht zu nehmen hat. Vor allem der Einfluß von Film- und Bildmaterial kann, wenn Konflikte mit Grausamkeiten oder Verstößen gegen die Menschenrechte verbunden sind, selbst in einer auf militärische Zurückhaltung gepolten Gesellschaft wie der deutschen enormen Druck erzeugen, aktiv zur Beendigung besagter Mißstände beizutragen. Da heutzutage selbst Mobiltelefone in der Lage sind, eindrucksvolle Bilder zu erzeugen, und da die moderne Medienlandschaft in hartem Wettbewerb um hohe Einschaltquoten steht, ist kaum zu erwarten, daß die einzelnen Anbieter von Medien jetzt und in nächster Zukunft Zurückhaltung bei der Verbreitung emotional aufwühlender und leicht zu beschaffender Bilder zeigen werden.

An zweiter Stelle ist an die Wirkung eigentlich innenpolitischer Faktoren zu denken, und zwar in mindestens dreierlei Gestalt: So ist angesichts der fortschreitenden migrationsbedingten und durch demographische Momente verstärkten Veränderung der auf dem Gebiet der Bundesrepublik lebenden Bevölkerung mittel- und langfristig nicht auszuschließen, daß starke Gruppen von Einwanderern Druck auf die deutsche Führung ausüben, sich im Ausland in der einen oder der anderen Weise zu engagieren, ein Druck, der sich vergrößern dürfte, wenn umfangreiche Teile der Zuwanderer das deutsche Wahlrecht bekommen, ohne das Interesse an den jeweils ursprünglichen Heimatländern zu verlieren. In zweiter Stufe kann das, wie zum Teil schon geschehen, dazu führen, daß die innere Sicherheit Deutschlands unmittelbar bedroht wird, etwa durch Terrorismus oder aber auch durch organisierte Kriminalität. Und drittens stellt sich die Frage, inwieweit der historisch begründete politische Grundkonsens der Bundesrepublik, in militärischen Einsätzen Zurückhaltung zu üben, auch in Zukunft Bestand haben wird. Dabei ist bei aller politisch-historischen Bildungsarbeit daran zu denken, daß die Zeitspanne zwischen dem Nationalsozialismus und der jeweiligen Jetzt-Zeit immer größer wird, die traumatischen und eigentlich staatsbildenden Erfahrungen der Deutschen also immer weiter zurückliegen – ebenso wie, das verweist wiederum auf die Immigration, denkbar ist, daß nicht alle Zuwanderer bereit sein werden, Rücksicht auf die historische Schuld der Deutschen zu nehmen.

Drittens schließlich ist auf Entwicklungen innerhalb des Militärs selbst abzuheben. War es noch in den siebziger und achtziger Jahren schwer, von Europa aus militärisches Potential in weit entfernten Weltgegenden, ja überhaupt außerhalb eigener Grenzen und entfernt von eigenen Stützpunkten zum Einsatz zu bringen, gestattet die gemeinhin als Transformation bezeichnete Veränderung der Streitkräfte solches seit den neunziger Jahren zunehmend einfacher. Die klas-

sische Begründung: „man könne gar nicht“ wird dadurch zum Teil ebenso hingällig wie die Sorge, erhebliche eigene Verluste vor dem eigenen Wahlvolk begründen zu müssen. Selbst das Problem, moralische Schuld an – womöglich zivilen – gegnerischen Verlusten auf sich zu laden, wird durch bestimmte Waffenentwicklungen stark relativiert. Auch das dürfte, im Zusammenspiel mit den oben genannten anderen Entwicklungen, geeignet sein, Druck zu einem eigenen Krisen- und Konfliktmanagement aufzubauen.

Chancen

Krisen- und Konfliktmanagement stellt sich Deutschland nicht nur als Notwendigkeit dar. Ein aktiver, sogar militärisch unterfütterter aktiver Umgang mit aktuellen Konflikten eröffnet auch Perspektiven, Ziele deutscher Politik unmittelbar umzusetzen.

Zuvorderst ist in diesem Zusammenhang an das vielbeschworene Stichwort der Multilateralität als Grundlage deutscher Außenpolitik zu denken. *Wenn* es aus deutscher Sicht sinnvoll ist, im Verbund mit anderen Staaten und im Rahmen internationaler Organisationen zu agieren, dann muß – das ist oben bereits angeklungen – eine deutsche Regierung auch dafür Sorge tragen, Partnerschaften, Bündnisse und Foren zu stärken. Das aber geht auf Dauer nur, wenn jenseits aller politischen und diplomatischen Zusammenarbeit der deutsche Staat auch bereit ist, sich mit allen Facetten seines Potentials einzubringen. Nur eine solche Bereitschaft eröffnet die Möglichkeit, das durchaus nicht bei allen tatsächlichen und denkbaren Partnern in gleichem Maß und in gleicher Form ausgeprägte Bedürfnis nach Multilateralität zu stärken. Mit anderen Worten, andere Staaten müssen erkennen, daß das komplexe Prozedere bi- und multinationaler Zusammenarbeit für sie selbst gewinnbringender ist als nationale Alleingänge oder kurzfristige, oft wechselnde Koalitionen. Andere Staaten müssen deutsche Unterstützung so weit schätzen, daß sie eigene, vielleicht sogar kurzfristig erreichbare Ziele mäßigen, vielleicht auch zurückstellen – um des Vorteils willen, Deutschland als verlässlichen Partner zu haben.

In gewissem Sinn hat die Bundesrepublik Deutschland diese Prämisse – zu Geben um zu Bekommen – schon seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts verfolgt, zum Teil gegen erheblichen Widerstand im Inneren. Die Alternative zu einem solchen Zugehen auf die nach dem Zweiten Weltkrieg neu gewonnenen Partner hätte in einer dauerhaften Opposition zu den damaligen Siegermächten sowie mehreren Nachbarn bestanden und angesichts der Unmöglichkeit, ein eigenes wirtschaftliches, politisches und militärisches Machtzentrum aufzubauen, das Streben nach wirtschaftlichem Aufbau und äußerer Sicherheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zur Quadratur des Kreises werden lassen. Nun kommt es darauf an, den damals begonnen Prozeß fortzuführen. Das aber kann nur bedeuten, die Veränderung der Welt nach 1990 anzunehmen und das eigene Handeln darauf auszurichten, und zwar, indem das politische und wirtschaftliche Gewicht ebenso in die Waagschale gelegt wird wie das militärische. Angesichts weltweiter Entwicklungen dürfte selbst das Beharren auf dem Status Quo im Rahmen der Krisen- und Konfliktbewältigung einem Rückschritt gleichkommen, mit dem Risiko eines Umsturzes der in fünfzig Jahren entwickelten Bündnisse und Partnerschaften.

Von zentraler Bedeutung für deutsche Politik und Sicherheit sind und bleiben die Beziehungen zu Frankreich, den Vereinigten Staaten und – dahinter etwas zurücktretend – Großbritannien.

Daraus folgt wiederum die Wichtigkeit der beiden Vertragsorganisationen, die diese Beziehungen nicht unwesentlich institutionalisieren: EU und NATO.

Beide Organisationen vertreten unter Führung ihrer jeweiligen Führungsmächte (für die NATO die USA, für die EU Frankreich) den Anspruch, konfliktregulierend tätig sein zu wollen. Daraus entstehende Konkurrenzen sind hinsichtlich ihrer Auswirkungen nach Möglichkeit zu minimieren. In diesem Zusammenhang bietet sich für das wirtschaftlich potente und auch militärisch nicht ohnmächtige Deutschland die Chance, durch Einbringung eigener Ressourcen die Abstimmung zwischen beiden Polen zu verbessern. Das gilt vor allem im Blick auf die Vereinigten Staaten, die, gestützt auf ein gewaltiges wirtschaftliches und militärisches Potential, am ehesten versuchen können, eventuell als lästig empfundene Bindungen an die europäischen NATO-Partner einer Überprüfung zu unterziehen. Zurückhaltendes Taktieren deutscher Regierungen im Hinblick auf den Umgang mit aktuellen, von den USA als wichtig kategorisierten Krisen und Konflikten dürfte auch in Zukunft den Einfluß Deutschlands auf die Politik der USA verkleinern und unter Umständen Washington dazu verleiten, „Koalitionen der Willigen“ zu formieren. Im Verhältnis zu Frankreich, das, militärisch und wirtschaftlich erheblich schwächer als die USA, den Versuchungen zu Alleingängen wohl seltener erliegen dürfte als die Amerikaner, kommt es hingegen darauf an, Paris an einer gegen die USA gerichteten Blockadehaltung gegenüber amerikanischen Vorhaben möglichst zu hindern. Beide Vorhaben können aber nur umgesetzt werden, wenn Deutschland auch selbst bereit ist, sich aktiv und nicht zuletzt militärisch bei der Konfliktbewältigung zu engagieren.

Risiken

Abgesehen von aller Notwendigkeit, Krisen- und Konfliktmanagement zu betreiben, und abgesehen von allen Chancen, die mit einem solchen Engagement verbunden sind, bleiben doch eine Reihe von Risiken in diesem für die Deutschen relativ neuen Geschäft – Risiken, die in mehrere Stufen einzuteilen sinnvoll ist:

1. Auf taktischer Ebene besteht immer die Gefahr von Rückschlägen: Eigene materielle und vor allem personelle Verluste, sogenannte „Kollateralschäden“ (Opfer unter der Zivilbevölkerung, Zerstörung und Beschädigung von Kulturgütern), Ungeschick im Umgang mit religiösen und kulturellen Gebräuchen des Einsatzlandes sowie von eigenen Kräften begangene oder auch nicht verhinderte (Kriegs-) Verbrechen können dazu führen, die Akzeptanz deutschen Engagements einerseits im Zielgebiet, andererseits und nicht zuletzt aber auch in Deutschland selbst zu gefährden.
2. Im Rahmen der von deutschen Regierungen beschworenen Multilateralität politischen Vorgehens ist denkbar, daß durch die unter 1. genannten Gefahren, aber auch durch innenpolitische Strömungen in Deutschland oder in wichtigen Partnerländern die angestrebten Ziele der Konfliktregulierung entweder verändert bzw. aufgegeben werden oder aber versucht wird, sie mit untauglichen Mitteln zu erreichen. Werden solche Sachverhalte von Gruppen wahrgenommen, die den Zielen des Einsatzes entgegenstehen, dürfte das jeweilige Projekt durch sich versteifenden Widerstand teilweise in Gefahr geraten, wenn es nicht komplett abgebrochen werden muß.

3. Sollte es sich bei dem konkreten Vorhaben deutschen Konfliktmanagements um eines handeln, dem von wichtigen Verbündeten, vor allem den USA, aber auch Frankreich, entscheidende Bedeutung beigemessen wird, kann ein Scheitern des Gesamtprojekts erhebliche Verwerfungen innerhalb des deutschen Bündnissystems nach sich ziehen – zum Beispiel dann, wenn die Vereinigten Staaten den Stellenwert der NATO für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik entscheidend verringern sollten.

Das wichtigste hier anzusprechende Risiko dürfte also im eigenen Einknicken bestehen, in der Möglichkeit, ein einmal begonnenes Engagement wegen innenpolitischer Widerstände abbrechen zu müssen. Dieses Risiko beinhaltet die Perspektive einer nachhaltigen Schwächung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik – beinhaltet es doch die Aussage, daß deutsche Streitkräfte zu „schlagen“ sind, und zwar auch von militärisch eigentlich unterlegenen Gegnern. Und es beinhaltet die Gefahr, daß in Folge eines solchen Rückzugs Deutschlands auch der Wert Berlins in den Bündnissystemen sinkt und somit auch die Chancen, daß deutsche Regierungen überhaupt nennenswerten Einfluß auf die Gestaltung der Welt nehmen können.

Die Orientierung an der Lage

Deutschland muß, um jetzt und in Zukunft Krisen- und Konfliktmanagement betreiben zu können, in vielen damit zusammenhängenden Bereichen Grundfähigkeiten erhalten, entwickeln und ausbauen: Im Bereich der Streitkräfte ebenso wie auf diplomatisch-außenpolitischer Ebene, in Gestalt von Finanzierungsinstrumenten, wirtschaftspolitischer Expertise usw. All diese unabdingbaren Facetten bilden jedoch nur die Folie, vor der deutsches Engagement generell möglich ist und wird. Um Erfolge in konkreten Einzelfällen zu erzielen, muß noch etwas anderes hinzukommen – die Berücksichtigung der jeweiligen Lage.

„Lage“ ist in diesem Zusammenhang alles, was die Besonderheiten des jeweiligen Projekts ausmacht: Die eigene innenpolitische Situation ebenso wie die von Verbündeten und Kontrahenten, rechtliche Rahmenbedingungen, Bündnissysteme, globale Machtstrukturen, wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Beziehungen und so weiter und so fort. Im engeren Sinne jedoch sind hier mit dem Begriff „Lage“ die Charakteristika des jeweiligen konkreten Einsatzes gemeint. Mit anderen Worten – man muß das Land und die Region, der deutsches Engagement gilt, genau kennen, oder zumindest eine Reihe prägender Fakten:

Erstens ist zu ermitteln, ob und inwieweit auswärtige Mächte Interessen in dem jeweiligen Gebiet verfolgen und welches Potential diese Mächte in Konfliktschlichtung oder –eskalation einzubringen bereit sind. Dabei muß auch deutlich werden, ob bestimmte Akteure in der Krise bzw. im Konflikt Unterstützung von außen erfahren und wenn ja, welche. Unter Umständen ist schon allein diese vorangehende Analyse geeignet, die Sinnhaftigkeit eigenen Engagements abschließend zu klären: In bestimmten Regionen der Welt, die von potenten Staaten als exklusives Einflußgebiet angesehen werden, dürfte ein ambitioniertes deutsches Konfliktmanagement kaum Chancen haben, so etwa in den beiden Amerikas, in großen Teilen der GUS, in Interessen-

schwerpunkten Chinas (Tibet, Taiwan, Nordkorea). Die Klärung außenpolitischer Implikationen dürfte vornehmlich in den Aufgabenbereich des Auswärtigen Amtes fallen.

Zweitens ist es notwendig, sich deutscherseits einen genauen Überblick über Geschichte, Kultur, Wirtschaft, Recht, Religion und Gesellschaft des Krisengebiets zu verschaffen, was nur möglich sein dürfte, wenn es gelingt, Experten zu all diesen Fragen hinzuzuziehen, nicht zuletzt solche, die nicht der eigenen Administration entstammen. So bestimmen geschichtliche Feind- und Freundschaften oft ebenso die Jetzt-Zeit wie historische Mythen (man denke nur an die serbische Position zum Kosovo, aber auch an die Griechenlands zu Mazedonien). Da Krisen oft mit der Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen zusammenhängen, müssen detaillierte Kenntnisse der örtlichen Wirtschaft gewonnen werden (Wirtschaftsstruktur, Rohstoffe). Kultur, Recht, Religion und Gesellschaft bilden vielfach eine kaum zu entwirrende komplizierte Gemengelage, deren Unkenntnis das jeweilige deutsche Engagement mit unrealistischen Zielvorgaben befrachten kann und deren Kenntnis lokale Frontstellungen zu erklären hilft – wobei, für Mitteleuropäer manchmal schwer verständlich, auch Phänomene eine Rolle spielen können, die in unserem Kulturkreis meist vernachlässigt werden oder als überwunden gelten (etwa die Religion als realitätsbildende Kraft); auf gesellschaftlichem Gebiet sind Klassen und Schichten zu identifizieren, vor allem dann, wenn das Prinzip der Gleichheit aller Menschen im Konfliktgebiet nur unzureichend umgesetzt ist oder wenn dort als Ordnungsmuster von uns fremden Strukturen ausgegangen wird (Clans, Familien, Ethnien, Kasten, Stände) – ebenso ist das Verhältnis der Geschlechter in die Überlegungen einzubeziehen und das zwischen den Generationen.

An dritter Stelle und gestützt auf die Ergebnisse der beiden ersten Schritte muß die Analyse der Konfliktparteien stehen. Wie sind sie organisiert? Gibt es Führungskreise und dominierende Persönlichkeiten, und sind die Führungen homogen oder heterogen? Über welche Machtmittel verfügen die Akteure? Was sind die Ziele der einzelnen Parteien? Sind essentielle Interessen vorhanden, die nicht verhandelbar sind? Existieren geographische Schwerpunkte des Konflikts, z.B. Frontlinien? Verbinden grundlegende Gemeinsamkeiten die Konfliktparteien, Gemeinsamkeiten, die im Falle deutschen Engagements zum Zusammengehen der Konfliktparteien gegen den Konfliktmanager führen können? Erst die Beantwortung all dieser Fragen erlaubt es, Ziel, Strategie und Mittel des eigenen Konfliktmanagements zu benennen bzw. herauszufinden, ob ein solches überhaupt mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg betrieben werden kann.

Ist das Krisen- und Konfliktmanagement dann angelaufen, sind alle genannten Aspekte einer beständigen Beobachtung zu unterziehen, um mögliche Fehler in der vorausgegangenen Lageermittlung zu korrigieren und gegebenenfalls Ziele, Strategie und Mittel anpassen zu können. Da Deutschland allein kaum über die nötigen Aufklärungskapazitäten verfügen wird, ist in diesem Zusammenhang in engem Verbund mit ebenfalls im Konflikt engagierten Alliierten zu arbeiten – wobei sicherzustellen ist, daß für die nationale Planung Deutschlands möglichst alle erforderlichen Daten bereitgestellt werden und nicht etwa nur solche, die die Position von Verbündeten (wie die USA und Frankreich) bestärken.

Fazit

Ein effektives Management von Konflikten ist nicht nur für klassische Weltmächte, sondern auch für die Bundesrepublik Deutschland unabdingbar. Die vor dem Hintergrund der deutschen jüngeren Geschichte entwickelte Doktrin der Multilateralität verlangt von Deutschland, sich jetzt und in Zukunft an der Lösung bestimmter Konflikte zu beteiligen – an der Lösung solcher, die von den Deutschen selbst als wichtig empfunden werden, aber auch in Fällen, die von Partnern und Verbündeten in den Dialog eingebracht werden.

Die Risiken eines solchen Engagements sind unübersehbar. Sie reichen von eigenen personellen und materiellen Verlusten bis zur Schuld an solchen der Gegenseite, von moralischen Verwerfungen bis zur Erschütterung des öffentlichen Klimas der Bundesrepublik. Gemessen an den positiven Aspekten müssen diese Risiken in der Abwägung jedoch zurücktreten: Ein Rückzug Deutschlands auf sich selbst, sogar das Beharren auf dem bislang geübten Prozedere der humanitären Unterstützung im Rahmen internationaler Lösungsmechanismen für Konflikte wird in Zukunft nicht genügen, die Partnerschaften Deutschlands in der Welt am Leben zu erhalten. Die Welt, oder jedenfalls der mit Berlin verbundene Teil derselben, erwartet von Deutschland mannigfache Beteiligungen an der Lösung von Konflikten, diplomatische, finanzielle, wirtschaftliche – und eben militärische, und zwar auch solche, die sich nicht im von Deutschland bislang bevorzugten Bereich Logistik und Sicherung erschöpfen. Aktives Krisenmanagement eröffnet Deutschland den Weg in eine Zukunft mit Partnern und Verbündeten, und es bewahrt das Mitspracherecht Berlins in internationalen Zusammenhängen.

Um diesen Erwartungen von außen, die letztlich auch Folgerungen aus der eigenen Staatsraison darstellen, überhaupt gerecht werden zu können, bedarf es jedoch erheblicher Anstrengungen. Das bezieht sich im engeren Sinne auf die deutschen Streitkräfte, die – chronisch unterfinanziert – erhebliche Probleme haben, die neuen Vorgaben weltweiter Einsetzbarkeit zu erfüllen. Andererseits beinhalten diese Anforderungen aber auch den Zwang, Wissenschaft und Öffentliche Meinung verstärkt in den Prozeß deutschen Konfliktmanagements einzubeziehen: Erst die Einbeziehung von Experten für die jeweils in Frage kommende Region gestattet es, ein realistisches Lagebild des zu lösenden bzw. einzudämmenden Konflikts zu entwerfen, wobei der Begriff „Experte“ weit auszulegen ist (Historiker, Religions- und Sprachwissenschaftler, Politologen, Wirtschaftsexperten, Juristen). Eine Verengung der Betrachtung, etwa auf wirtschaftliche oder politische Beratung, dürfte einem ganzheitlichen oder, dem neueren Sprachgebrauch nach, „nachhaltigen“ Lösungsansatz kaum Chancen geben. Das schwierigste Problem bei der Verwirklichung eines rational durchaus erforderlichen deutschen Krisenmanagements mit militärischer Unterfütterung wird jedoch kurz- und mittelfristig in der Position bestehen, die die Öffentliche Meinung dazu einnimmt. Solange weite Teile der Medien, vor allem die, die von einem gebildeten Publikum konsumiert werden, deutsches außenpolitisches Handeln eher unter dem Gesichtspunkt einer von historischer Schuld genährten Ethik denn unter dem heutiger und zukünftiger Realpolitik betrachten, dürfte der objektiv gebotenen Ausweitung deutschen Engagements eine enge Grenze gezogen sein.